

Marc Spescha/Antonia Kerland/Peter Bolzli

Handbuch zum Migrationsrecht

orell füssli Verlag AG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	15
Lesehinweise	17
Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	27
I Schweiz: Vom Auswanderungsland zur Einwanderungsgesellschaft.	31
1 Ursprünge der «humanitären Tradition» der Schweiz	31
2 Auswanderungsland bis Ende der 1880er-Jahre	32
3 Wachsende Überfremdungsängste zu Beginn des 20. Jahrhunderts.	34
4 Die Praxis der Überfremdungsabwehr nach dem Ersten und während des Zweiten Weltkrieges	36
5 Das Ausländergesetz im Dienste arbeitsmarktlicher Interessen	40
5.1 Arbeitsimmigration im Schatten des Überfremdungsdiskurses	40
5.2 Schwarzenbach-Initiative, bundesrätliche Begrenzungs politik und Export von Arbeitslosigkeit	43
5.3 Arbeitsimmigration im Spiegel der Konjunktur-entwicklung und der Boom-Jahre 1985–1991	44
6 Immigration durch Familiennachzug und als Asylimmigration in den 1990er-Jahren	45
7 Dauerbrenner Asylpolitik, freier Personenverkehr in Europa und neues Ausländergesetz	46
II Dimensionen und Facetten der «neuen Einwanderung»	53
1 Vorrangige ökonomische Interessen und Familiennachzug	53
2 Fast zwei Drittel der «Ausländer» in der Schweiz stammen aus EU-/EFTA-Staaten.	57

3	Migrationspolitik zwischen Populismus, Realitätsverleugnung und Pragmatismus	59
III	EU-/EFTA-Staaten/Drittstaaten: Duales System und Rechtsquellen . . und der Unterschied zwischen Rechtsanspruch und Ermessen . . .	63
1	Das FZA als Rechtsgrundlage der Personenfreizügigkeit für EU-/EFTA-Bürger und deren Familienangehörige	63
1.1	Die Staatsangehörigen der «alten» EU-Mitgliedsländer und die Staatsangehörigen der EFTA	63
1.2	«Neue» EU-Staaten sowie Rumänien und Bulgarien und Fortführung des Abkommens.	65
2	Das Ausländergesetz (AuG) als «Bollwerk» gegen Einwanderungswillige aus sog. Drittstaaten und im Dienste von Völkerrecht, Humanität und Familienleben	66
2.1	Arbeitsimmigration als Eliteimmigration	67
2.2	Familiennachzug, völkerrechtliche Verpflichtungen und humanitäre Gründe	67
2.3	Ausgeklügeltes Instrumentarium gegen Missbrauch und zur Entledigung «unerwünschter» Ausländer	67
2.4	Zahlreiche Verordnungen zum AuG und ergänzende Gesetze	68
3	Niederlassungsvereinbarungen als staatsvertragliches Sonderrecht	69
4	Multilaterale Abkommen und völkerrechtliche Normen mit Bedeutung für das Migrationsrecht.	70
4.1	Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)	70
4.2	UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes (KRK)	72
4.3	UN-Pakt II über die bürgerlichen und politischen Rechte	73
5	Schutz durch die Bundesverfassung?.	73
6	Die wichtige Unterscheidung zwischen Rechtsanspruch und Ermessen	75
IV	Einreisevoraussetzungen und Visumpflicht	79
1	Die Schweiz als Schengen-Mitglied	79
2	Allgemeine Voraussetzungen für den Grenzübertritt in die Schweiz	81
2.1	Was gilt als gültiges und anerkanntes Reisedokument?	82
2.2	Wer braucht ein Visum und zu welchen Zwecken wird es ausgestellt?	82

2.3	Wann ist die Voraussetzung genügender finanzieller Mittel für die Dauer des Aufenthaltes erfüllt?	86
2.4	Wer stellt eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bzw. für die internationalen Beziehungen dar? . 88	88
2.5	Was sind Entfernungs- und Fernhalte massnahmen?	88
2.6	Was bedeutet die Voraussetzung der gesicherten Wiederausreise?	90
3	Das Verfahren der Visumerteilung	93
3.1	Visum für einen Aufenthalt von bis zu drei Monaten (Schengenvisum)	94
3.2	Visum für einen Aufenthalt von mehr als drei Monaten und bewilligungspflichtige Aufenthalte (nationales Visum). 95	95
3.3	Wie kann gegen eine Abweisung des Visumgesuchs vorgegangen werden?	96
4	Verlängerung eines Visums	96
5	Meldepflichten	97
5.1	Meldepflicht für Aufenthalte ohne Erwerbstätigkeit	97
5.2	Meldepflicht für Aufenthalte mit Erwerbstätigkeit	97
5.3	Weitere Meldepflichten	98

V	Anwesenheitsregelung, Bewilligungsarten und deren Umwandlung	99
1	Die Regelung der Anwesenheit	99
1.1	Die Bewilligungspflicht	99
1.2	Das Bewilligungsgesuch	100
1.3	Die Bewilligungserteilung und der entsprechende Ausländerausweis	100
1.4	Geltungsbereich der Bewilligung	101
2	Die Aufenthaltsbewilligung (B-Ausweis)	102
2.1	Das «B»: Die befristete und zweckgebundene Bewilligung	102
2.2	B-Ausweis EU/EFTA	106
2.3	B-Ausweis für Drittstaatsangehörige.	107
3	Die Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis).	110
3.1	Das «C»: Die Bewilligung für Einheimische ohne Schweizer Pass.	110
3.2	C-Ausweis EU/EFTA	111
3.3	C-Ausweis für Drittstaatsangehörige	112

4	Die Kurzaufenthaltsbewilligung (L-Ausweis)	115
4.1	L-Ausweis EU/EFTA.	115
4.2	L-Ausweis für Drittstaatsangehörige.	116
5	Die Grenzgängerbewilligung (G-Ausweis).	117
5.1	G-Ausweis EU/EFTA	117
5.2	G-Ausweis für Drittstaatsangehörige	117
6	Der Status von vorläufig aufgenommenen Personen (F-Ausweis).	117
6.1	Voraussetzungen	117
6.2	Dauer und Verlängerung	118
6.3	Geografische und berufliche Mobilität	119
7	Der Status von Asylsuchenden (N-Ausweis).	119
8	Die migrationsrechtlichen Ausweise im Überblick	120
VI	Die Einwanderung zwecks Erwerbstätigkeit (Arbeitsimmigration)	123
1	Duales Zulassungssystem	123
2	Erwerbstätige aus der EU und EFTA.	123
2.1	Personenfreizügigkeit: Bedeutung	123
2.2	Schrittweise Einführung der Personenfreizügigkeit	130
2.3	Bewilligungs- und Anmeldeverfahren.	132
2.4	Exkurs: Flankierende Massnahmen	133
3	Eliteimmigration aus Drittstaaten	134
3.1	Bewilligung zur Erwerbstätigkeit in der Schweiz	134
3.2	Bewilligung zur Aufnahme einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit.	136
3.3	Bewilligung zur Aufnahme einer selbstständigen Erwerbstätigkeit	136
3.4	Die einzelnen Voraussetzungen für die Bewilligungserteilung.	137
3.5	Verfahren.	141
3.6	Stellen- und Kantonswechsel	142
3.7	Abweichungen von den Zulassungsvoraussetzungen (Art. 30 AuG).	142

VII	Bewilligungen für Nichterwerbstätige	147
1	Aufenthaltszweck	147
2	Staatsangehörige der EU/EFTA	147
2.1	Genügend finanzielle Mittel für den Lebensunterhalt	148
2.2	Umfassender Krankenversicherungsschutz	150
2.3	Besonderheiten für den Aufenthalt zu Aus- und Weiterbildungszwecken	150
3	Drittstaatsangehörige	151
3.1	Aufenthalt für eine Aus- und Weiterbildung	152
3.2	Aufenthalt für Rentnerinnen und Rentner	154
3.3	Aufenthalt für medizinische Behandlungen	155
VIII	Familiennachzug	157
1	Familiennachzug durch EU-/EFTA-Bürger: Die massgeblichen Bestimmungen des FZA	158
1.1	Allgemeine Voraussetzungen des Nachzugs	158
1.2	Nachzugsberechtigte Personen	159
1.3	Die Rechtsstellung nachgezogener Familienangehöriger	161
1.4	Folgen der Auflösung der Ehegemeinschaft	162
1.5	Einschränkung der Freizügigkeitsrechte	165
2	Familiennachzug im Geltungsbereich des AuG	165
2.1	Ausländische Familienangehörige von Schweizerinnen	165
2.2	Familienangehörige von niederlassungsberechtigten Personen	190
2.3	Familienangehörige von Personen mit Aufenthalts- und Kurzaufenthaltsbewilligung	192
2.4	Familienangehörige von vorläufig aufgenommenen Personen	195
	Übersicht Familiennachzug	196
IX	Sans-Papiers und Härtefallbewilligungen	199
1	Die Verlegenheit der Politik im Angesicht der Zahl der Sans-Papiers	200
2	Die Härtefallregelung gemäss AuG	202
2.1	Die Anerkennung als «schwerwiegender persönlicher Härtefall»	202
2.2	Die einzelnen Härtefallkriterien	203

- 3 Die Härtefallregelung gemäss Asylgesetz. 206
- 4 Das Verfahren zur Erteilung einer Härtefallbewilligung
und die Rolle von Härtefallkommissionen 207
- 5 Exkurs: Zur Legalisierung von jugendlichen Sans-Papiers 209

- X Verlust des Anwesenheitsrechts(Erlöschen, Widerruf,
Nichtverlängerung der Bewilligung), Wegweisung und
Einreiseverbot. 213**
 - 1 Gründe, die zum Erlöschen der Bewilligungen führen 213
 - 1.1 Erlöschen der Bewilligung durch Abmeldung
ins Ausland 213
 - 1.2 Erlöschen der früheren Bewilligung durch Erteilung
einer Bewilligung in einem anderen Kanton 214
 - 1.3 Erlöschen der Bewilligung mit Ablauf
der Gültigkeitsdauer 214
 - 1.4 Erlöschen der Bewilligung mit der Ausweisung
nach Art. 68 AuG 214
 - 1.5 Erlöschen nach drei- bzw. sechsmonatigem
Auslandaufenthalt 215
 - 2 Gründe, die zum Widerruf von Bewilligungen führen können . . . 216
 - 2.1 Durch täuschende Angaben oder Verschweigen
wesentlicher Tatsachen ersichene Bewilligung 216
 - 2.2 Der Widerrufsgrund der längerfristigen Freiheitsstrafe . . 217
 - 2.3 Der Widerrufsgrund wiederholter Verstösse gegen die
öffentliche Sicherheit und Ordnung 222
 - 2.4 Der Widerrufsgrund der nicht eingehaltenen
Bedingung 223
 - 2.5 Sozialhilfeabhängigkeit als Widerrufsgrund 224
 - 2.6 Voraussetzungen des Widerrufs der
Niederlassungsbewilligung und dessen Folgen 225
 - 2.7 Voraussetzungen des Rechtsverlusts bei
EU-/EFTA-Bürgern 226
 - 3 Nichtverlängerung der Bewilligung anstelle des Widerrufs. 230
 - 4 Wegweisung als Entfernungsmassnahme 231
 - 5 Einreiseverbot als Fernhaltmassnahme. 232

XI	Integrationspolitik	235
1	Integration durch Schaffung von Chancengleichheit	235
2	Integration durch Spracherwerb und Informiertheit	237
3	Förderung der Integration als staatliche Aufgabe, die etwas kostet	237
4	Integration als Kriterium bei Bewilligungsentscheiden	237
5	Integration durch Information – auch der schweizerischen Bevölkerung	238
6	Die Kurzformel der Integration: Sprache, Arbeit und Gesetzestreue – aber Gedankenfreiheit	241
7	Willkommenskultur und Zugehörigkeit als Schlüsselbegriffe	244
XII	Zwangsmassnahmen	249
1	Prolog: Die Ausreisefrist	249
2	Die «milden» Zwangsmassnahmen	250
2.1	Die Vorladung	250
2.2	Die Meldepflicht	251
2.3	Die kurzfristige Festhaltung	251
2.4	Die Ein- und Ausgrenzung	251
3	Die Administrativhaft	252
3.1	Die verschiedenen Haftarten und Haftgründe	252
3.2	Der Haftzweck	255
3.3	Die Haftüberprüfung	256
3.4	Die Haftdauer	259
3.5	Das Haftregime	260
4	Die Ausschaffung	261
4.1	Wegweisungsvollzug mit polizeilicher Gewalt	261
4.2	Das Zwangsangwendungsgesetz	262
XIII	Strafbestimmungen	263
1	Sinn und Zweck der migrationsrechtlichen Strafbestimmungen	263
2	Überblick über die einzelnen Strafbestimmungen	264
2.1	Einreise- und Aufenthaltsdelikte	264
2.2	Schwarzarbeit	266
2.3	Täuschungsdelikte	267
2.4	Weitere Widerhandlungen	268

3	Strafart und Strafmass	268
3.1	Strafart	268
3.2	Strafmass	269
XIV	Zuständigkeit und Verfahren, praktische Tipps	271
1	Zuständige Behörden	271
1.1	Erteilung, Verlängerung und Widerruf von Bewilligungen: Kantonale Migrationsbehörde	271
1.2	Arbeitsmarktlicher Vorentscheid: Kantonale Arbeitsmarktbehörde	272
1.3	Zustimmung durch das Bundesamt für Migration	272
1.4	Andere Zuständigkeiten	274
2	Verfahren und Verfahrensgrundsätze	274
2.1	Untersuchungsmaxime	275
2.2	Mitwirkungspflicht	275
2.3	Rechtliches Gehör	276
3	Begründung des Entscheides und Rechtsmittelbelehrung	278
4	Rechtsmittel	280
4.1	Kantonale Entscheide	280
4.2	Entscheide des BFM	281
4.3	Aufschiebende Wirkung der Beschwerde	281
4.4	Wiedererwägung und Revision	282
5	Kosten	283
6	Anwaltliche Vertretung, unentgeltliche Rechtspflege und Rechtsverbeiständung	284
7	Praktische Tipps	285
8	Schema: Verfahrenswege	287
XV	Asylrecht	289
1	Der Flüchtling	289
1.1	Der Flüchtlingsbegriff	289
1.2	Das Rückschiebungsverbot	293
2	Die Asylgewährung	294
2.1	Regelfall: Asyl für den anerkannten Flüchtling	294
2.2	Der Asylausschluss	294
3	Die vorläufige Aufnahme	295
3.1	Der Schutz von Weggewiesenen	295

3.2	Gründe für den undurchführbaren Wegweisungsvollzug	296
4	Der Verfahrensablauf	299
4.1	Das Asylgesuch	299
4.2	Die Verfahrensrechte und -pflichten	300
4.3	Der Nichteintretensentscheid (NEE).	303
4.4	Der materielle Entscheid.	306
4.5	Das Rechtsmittelverfahren	307
4.6	Das Wiedererwägungsverfahren.	309
5	Die Rechtsstellung der Personen aus dem Asylbereich	310
5.1	Asylsuchende (Ausweis N)	310
5.2	Flüchtlinge mit Asyl (Ausweis B oder C)	311
5.3	Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge und Ausländer (Ausweis F)	313
5.4	Abgewiesene Asylsuchende	313
XVI	Wege zum Schweizer Bürgerrecht	315
1	Das Schweizer Bürgerrecht	315
2	Schweizer Bürgerrecht von Gesetzes wegen	315
3	Schweizer Bürgerrecht durch Einbürgerung.	316
3.1	Ordentliche Einbürgerung	316
3.2	Erleichterte Einbürgerung.	320
4	Verlust des Bürgerrechts	324
4.1	Verlust des Bürgerrechts von Gesetzes wegen	324
4.2	Verlust des Bürgerrechts durch Entlassung oder Entzug	324
5	Nichtigerklärung der Einbürgerung	325
5.1	Voraussetzungen	325
5.2	Hauptanwendungsfall der Nichtigerklärung	325
5.3	Verfahren.	326
5.4	Folgen der Nichtigerklärung	326
6	Wiedereinbürgerung.	327
7	Rechtsschutz	328
7.1	Bei Entscheiden des Bundesamts für Migration	328
7.2	Bei kantonalen Entscheiden	328
XVII	Ausblick	331
Index	335